

**Konferenz der
Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 6. März 2024 in Berlin**

Beschluss

**TOP 8 Auswirkungen von Bundesgesetzen auf die kommunalen und
Landeshaushalte**

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

- 1) Die Sicherstellung des Vollzugs gesetzlich festgelegter Aufgaben durch die Länder und Kommunen erfordert langfristig tragfähige öffentliche Haushalte. Die kommunalen Haushalte sowie die Landeshaushalte sind dabei in nicht unerheblichem und zunehmendem Maße von Vollzugsaufgaben geprägt, die durch die Bundesgesetzgebung veranlasst sind.
- 2) Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben in ihrem Beschluss vom 2. Juni 2022 den Befund der Finanzministerkonferenz vom 6. Mai 2022 bestätigt, dass bundesgesetzliche Regelungen sehr häufig keine, eine nur unzureichende oder zeitlich befristete finanzielle Kompensation der Kosten der Länder vorsehen. Die tatsächlichen Kostenlasten von Ländern und Kommunen würden demnach die im Gesetzgebungsverfahren durch die Bundesregierung zugrunde gelegten Annahmen häufig in spürbarem Umfang überschreiten.
- 3) Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fordern den Bund auf, die bei den Ländern und Kommunen entstehenden Kosten bei Gesetzesvorhaben des Bundes konsequent zu berücksichtigen.